werden kann. Jeder, der die Arbeiter vom Kampf abrät, besorgt die Geschäfte des Unternehmers.

Die Beispiele der erfolgreichen Kämpfe im Reich müssen auch die Kittnerproleten ermuntern in roter Einheitsfront zum Kampf zu schreiten!

## Kampfwille der „Gardine". Proleten wird sabotiert

Gestern fand eine Belegschaftsversammlung für die Gardine in Dobrig statt, deren Besuch bereits ein beredter Ausdruck des beständig wachsenden Kampfwillens der Textilarbeiter war. 400 Belegschaftsmitglieder waren trotz der herrschenden Kurzarbeit erschienen, um zur Lage im Betrieb Stellung zu nehmen. Richter vom DTV mochte die Stimmung der Belegschaft kennen und vermied es, in seinem Referat auch nur ein Wort gegen die RGO und die Kommunisten zu sagen. Den Kampfwillen der Belegschaft versuchte er damit auf ein totes Gleis zu schieben, indem er erklärte, daß der Lohn gar nicht abgebaut werden könne, weil die Gardine ein Saisonbetrieb sei und gar nicht unter die Bestimmungen der Notverordnung falle. Er stützte sich auf diese formalrechtliche Behauptung, obwohl er weiß, daß die Notverordnung auch bei Direktion der Gardine mancherlei Möglichkeiten gibt, den betrieblichen Lohnabbau durchzuführen, zu dem der Unternehmer entschlossen ist, da er Verhandlungen mit der Betriebsvertretung beharrlich ablehnt.

Von der Versammlung wurde dann schließlich auch lediglich beschlossen, von der Direktion die Zurücknahme des Lohnabbauanschlages zu verlangen. Auf einen solchen negativen Beschluß kam es anscheinend der Gewerkschaftsbürokratie nur an, weil er zu nichts verpflichtet, wenn die Belegschaft nicht Druck hinter diese Forderung macht, der in der Proklamierung des Streiks seinen Ausdruck findet, sobald der Unternehmer den Lohn abbaut.

Die oppositionellen Kollegen der Gardine hätten gestern bereits einen diesbezüglichen Beschluß der Versammlung und die sofortige Wahl eines Kampfausschusses vorschlagen müssen, denn die 400 Gardineproleten sind nicht in die Versammlung gekommen, um das reformistische Geleire Richters anzuhören, sondern zu Kampfmaßnahmen der Belegschaft Stellung zu nehmen. Daß es der Direktion nicht ganz so wohl zumute ist, beweist schließlich die Tatsache, daß sie die Betriebsräte nach der Versammlung ans Büro kommen ließ, um sich über den Beschluß der Versammlung zu informieren. Um einzuschüchtern, hat sie dann den Betriebsräten gedroht, daß sie sich strafbar gemacht hätten. Die Herren der Direktion haben alle Furcht vor der Kampfentschlossenheit der Belegschaft. Zeigt ihnen, Gardineproleten, daß diese Furcht nicht unbegründet ist. Streik gegen jeden Pfennig Lohnraub ist die Parole!

# Um den Kopf der Angeklagten

### Weitere Entlastung der Antifaschisten im Berliner Sondergerichtsprozeß. Der Richter fragt provozierend: „Sie wissen wohl nicht, daß es um Ihren Kopf geht?"

Berlin, 27. September. (Eig. Drahtbericht.)

Die gestrigen Verhandlungen vor dem Berliner Sondergericht waren für die weitere Aufklärung der Tatsachenvorgänge in der Röntgenstraße von großer Bedeutung. Mehrere Zeugen bekundeten wiederum in völliger Uebereinstimmung, daß die Razzia vom Sturm 33 auf die heimkehrenden Arbeiter das Feuer eröffnet hatten.

Das Gericht gab einer Reihe Beweisanträgen der Verteidigung statt. Ueber die Ladung sämtlicher Mitglieder des Sturms 33 hat das Gericht noch nicht entschieden, behält sich vielmehr deren Ladung noch vor. Die Annahme einer Reihe von Beweisanträgen bedingt allerdings die Ladung einer Anzahl neuer Zeugen.

Kurz vor Schluß der Sitzung kam es zu einem aufsehenerregenden Zwischenfall, der die Lage für die Angeklagten erneut kennzeichnet. Als der Vorsitzende bemerkt, daß einige der Angeklagten über eine Zeugenaussage lachen, rief er ihnen scharf zu:

**„Was gibt es hier zu lachen, Sie haben wohl den Ernst der Situation noch nicht erkannt? Sie wissen wohl nicht, daß es hier um Ihren Kopf geht?"**

Dieser Zuruf löste unter den Angeklagten so starke Erregung aus, daß ein Jungarbeiter rief:

**„Mal reißt uns die Geduld — wir haben nichts getan und sitzen hier für nichts und wieder nichts!"**

Darauf erklärte der Vorsitzende: „Dann werden wir Ihnen die Geduld schon beibringen!"

**Arbeiter! Trotz aller Tatsachen, die beweisen, daß der Mordsturm 33 das Feuer auf die Arbeiter eröffnet hat, geht es um das Leben der unschuldig Angeklagten. Verstärkt den Massenprotest! Mobilisiert unter Führung der Roten Hilfe die Werktätigen in Stadt und Land gegen die Sondergerichte.**

## Untersuchungsmethode der Polizei

Charakteristisch für die eigenartigen Untersuchungsmethoden der Polizei war die Vernehmung der Kriminalbeamten in der Sonnabendsitzung. Dieser Tag war nur der Vernehmung der Polizeibeamten vorbehalten und wir wollen darum noch folgendes nachtragen:

Der Kriminalbeamte Sattler mußte zugeben, daß er **die Zweifel, die verschiedene vernommene Personen über die Schützen in der Röntgenstraße geäußert hatten, nicht ins Protokoll aufnahm.**

Dadurch mußte der Eindruck entstehen, als ob die von der Polizei vernommenen Personen die angeklagten Antifaschisten mit Bestimmtheit als Schützen erkannt hätten.

Der Kriminalbeamte Damm mußte zugeben, daß den Zeugen die Bilder der Angeklagten mit einem Durchschlagspapier überdeckt gezeigt wurden, wodurch die Bilder viel undeutlicher erschienen. Ueber den Zweck dieses Verfahrens befragt, verweigerte er unter Berufung auf das Dienstgeheimnis die Aussage.

## „Die Mordschützen sind erkannt"

### Das Schweigen im „Angriff" bestätigt die Blutschuld der Nazis

An den ersten Verhandlungstagen des Sondergerichtes im Fall Röntgenstraße hat der „Angriff" des Herrn Goebbels täglich fast eine ganze Seite mit der Berichterstattung über das Sondergerichte veröffentlicht. In dem üblichen Ton dieses Mordhetzers wurde die „Todesstrafe und sofortige Hinrichtung dieser feigen Verbrecherpacks" gefordert. Nach den Aussagen der zum Meineid befohlenen Nazizeugen vom Mordsturm 33 schrieb das Blatt des Mordhetzers: „Die Mordschützen sind erkannt!"

Auf einmal ist es mäuschenstill in dem Blatt geworden, das noch vor wenigen Tagen so laut schrie. Ueber die entscheidende Sondergerichtsverhandlung vom Freitag, wo die deutschnationale Familie Engelhardt genaue und bestimmte Aussagen über die Blutschuld der Nazis machte, findet sich im ganzen „Angriff" nicht eine einzige Silbe.

**Der Mordhetzer Goebbels versucht diese Verhandlung totzuschweigen. Er gesteht damit indirekt die Blutschuld der Nazis ein.**

## Genosse Arthur Vogt wegen Hochverrat verurteilt

Das Reichsgericht in Leipzig verurteilte den Genossen Arthur Vogt, Bezirksleiter der KPD in Mecklenburg, wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 1 Jahr 6 Monaten Festung. Genosse Vogt soll angeblich im Jahre 1929 (!) illegale Broschüren an verschiedene Parteifunktionäre verteilt haben.

## Erwerbslose unterstützen den Streikkampf

**Der durch die Initiative und unermüdliche Mobilisierungsarbeit der RGO ausgelöste Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen in den Weißenfelser Schuhfabriken dehnt sich täglich weiter aus. Am 23. September hat sich die Belegschaft der Schuhfabrik Böhme in die Streikfront eingereiht. Damit ist die Zahl der Streikenden in Weißenfels auf etwa 900 Arbeiter und Arbeiterinnen gestiegen.**

**Die Weißenfelser Erwerbslosen üben glänzende Solidarität, sie lehnen nicht nur Streikbrecherdienste ab, sondern unterstützen den Kampf der Betriebsarbeiter aktiv durch Streikpostenstehen.**

**Fernerhin stehen im Streik die Belegschaft der Möbelfabrik Ahmann u. Co., Berlin, die Belegschaft der Metallwarenfabrik Fritz Thiel, Ruhla in Thüringen, die Edelsteinschleifer in Oberstein, Nahe; die Arbeiter des Betzag-Betriebes „Phoenix", Düsseldorf in passiver Resistenz desgleichen die Belegschaft des Alexanderwerks von der Nahmer in Remscheid.**

## Erfurter Metallarbeiter im Streik

In Erfurt ist die Belegschaft der Firma Stühen, Metallwarenfabrik, gegen Lohnabbau in den Streik getreten. Die Belegschaft ist 175 Mann stark.

# Einfuhrbeschränkung—Preissteigerung

### Die Hilfe der Papenregierung für die Großagrarier verteuert das Brot der Armen in Stadt und Land

**Der Reichsernährungsminister der Papenregierung, Freiherr von Braun, teilte am Sonntag in seiner Rede vor dem Bayrischen Landwirtschaftsrat in München die Beschlüsse der Reichsregierung über die Kontingentierung mit. Danach wird die Kontingentierung, das heißt die Einfuhrbeschränkung, folgende landwirtschaftlichen Produkte umfassen: Schlachtrinder, Speck, Schmalz, Butter, Käse, Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Erbsen, Reisabfälle, Karpfen, Blumen, Nadelschnittholz, Papierholz.**

**Was bedeutet dieser Beschluß der Papen-Regierung?** Speck, Erbsen usw. werden kontingentiert, das heißt, die Einfuhr dieser Lebensmittel aus dem Auslande wird bis auf einen gewissen geringen Teil verboten. Infolgedessen werden innerhalb Deutschlands die Angebote dieser Lebensmittel geringer und die Preise steigen! Die Einfuhrbeschränkung wird aber nicht nur eine Preissteigerung für die kontingentierten Waren zur unausbleiblichen Folge haben, sondern auch die Preistreiberei für alle wichtigen Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Um den Großagrariern ein Höchstmaß an Profiten zu garantieren, hat jetzt bereits der Landwirtschaftsminister in Gemeinschaft mit dem Finanzminister Anweisungen an die Länder und Gemeinden herausgegeben, nach denen den Steuerschuldnern auf den großen Gütern weitere Stundung in Form von Ratenzahlung gewährt werden soll, um das sofortige „Verschleudern" großer Erntevorräte zu „volkswirtschaftlich schädlichen" niedrigen Preisen zu verhindern. Den Agrariern wird also die Zurückhaltung der Ernte ermöglicht, damit sie profitabel verkaufen und damit den Brotpreis in die Höhe treiben können. Daß diese Maßnahme nur den Großbesitzern Vergünstigungen bringt, ergibt sich aus der wirtschaftlichen Zwangslage der Kleinbauern, die ihr Getreide sofort zu den jetzt noch geltenden Preisen auf den Markt bringen müssen, um ihr Auskommen vor dem Gerichtsvollzieher zu retten.

## Freiherrn und Barone für Hitler

Einige Grafen und Barone veröffentlichen in der Nazipresse einen Aufruf, in dem sie sich gegeistert für Hitler erklären. Es handelt sich um folgende „feinen Leute":

Freiher v. Elz-Rübenach, Freiherr von Gregory, Graf Hellsdorf, v. Kalben, Freiherr v. Kanne, v. Reindorff, Freiherr v. Reibnitz, v. Wedel-Parlow, v. Woyrsch.

In dem Aufruf rühmen diese adligen Herren, daß Hitler die „besten Ueberlieferungen" des adligen Raubrittertums vertrete. Die vornehmen Grafen und Barone sind also mit dem „Arbeiterführer" Hitler völlig zufrieden. Ihre Interessen werden von der Papennazis ausgezeichnet vertreten.

Was sagen dazu die werktätigen Nazianhänger? Was sagen dazu die SA-Proleten, die über die „feinen Leute" so empört sind? Anscheinend traut die Nazipresse diesem Aufruf keine große Wirksamkeit zu, weil sie die Namensunterzeichnungen der Grafen und Freiherrn ohne ihre adligen Bezeichnungen veröffentlicht. Aber mit diesem Trick wird die Nazipresse keinen werktätigen Nazianhänger darüber täuschen, daß die adligen Ausbeuter und Parasiten mit Hitler einverstanden sind, weil die Nazipartei nur die Interessen des Großkapitals und der Junker vertritt.

## Antifaschistischer Massenaufmarsch in der Oberlausitz

In Ebersbach fand am Sonntag ein von mehr als 3500 Menschen besuchtes Treffen der Antifaschistischen Aktion der Oberlausitz statt. Aus dem gesamten Unterbezirk waren die Vertreter der Einheitsfrontaktion und die Staffeln der Antifaschisten aufmarschiert. Im Kretscham fand eine gewaltige Kundgebung im Zeichen der Verstärkung der Antifaschistischen Aktion unter Führung der Kommunistischen Partei statt. Genosse Renner sprach über die Aufgaben der Antifaschistischen Aktion unter der Führung der KPD, über die Entfaltung der außerparlamentarischen Massenkämpfe, der Streikbewegung gegen den Lohnraub, dem stärkeren Ausbau der Einheitsfrontbewegung und die kommende Reichstagswahl.

Die Amtshauptmannschaft Zittau hatte die Demonstration verboten. Als die Massen der Teilnehmer aus dem Saal über die schmale Straße nach dem Sportplatz zogen, auf dem die Kundgebung fortgesetzt wurde, kam es zu einer Zusammenballung der aus dem Saal abziehenden Versammlungsteilnehmer. Hierbei kam es infolge des Demonstrationsverbotes zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die diese Zusammenballung auf dem Wege als eine verbotene Demonstration bezeichnete und mit dem Gummiknüppel auf die Kundgebungsteilnehmer einschlug. Unter der Empörung der Massen mußte die Polizei ihr scharfes Vorgehen einstellen. Bei der Gummiknüppelattacke wurde auch ein fünfjähriges Kind geschlagen.

# Presseverbote beantworten wir mit verstärkter Werbung

### „Süddeutsche Arbeiterzeitung" auf 2 Wochen verboten. Bürgerliche Presse gesteht ungeheuerliche Knebelung der KPD-Presse. Rüstet zur Werbewoche für eure Zeitung!

**Nachdem das Polizeipräsidium Stuttgart die kommunistische Süddeutsche Arbeiterzeitung in höherem Auftrage in den letzten Wochen verschiedentlich beschlagnahmt hat, wurde unser Bruderorgan am Sonnabend bis zum 8. Oktober, also für die Zeit von zwei Wochen verboten.**

**Vom 29. Juli bis 14. September, also innerhalb sechs Wochen, wurden im Deutschland Papens und im Preußen Brachts nicht weniger als 63 Tageszeitungen und Zeitschriften, fast durchweg kommunistische, verboten. Angesichts der wachsenden Streikwelle gegen den Lohnraub, angesichts des steigenden Widerstandes gegen den Notverordnungskurs der Papenregierung soll den Arbeitern ihre Zeitung genommen werden.**

Die Verbotsmaßnahmen der Papenregierung fallen jetzt schon der bürgerlichen Presse auf die Nerven, die die sich daraus ergebenden Konsequenzen fürchtet, und deshalb die Regierung warnt, wie es die Frankfurter Zeitung am Ende der vorigen Woche mit folgenden Auslassungen tat:

**„Daß sich dabei die kommunistischen Organe aller Art einer besonders liebevollen Aufmerksamkeit des Herrn Bracht und seiner Behörden erfreuen, ist schon fast zu einer triualen Selbstverständlichkeit geworden. Auf die Kommunisten hagelt die Verbote geradezu nieder, und die neueste Errungenschaft auf diesem Gebiet ist die, daß man bei Verboten kommunistischer Zeitschriften an die Höchstgrenze von sechs Monaten herangeht.**

**... Daß dadurch die Autorität der Regierung gestärkt werde, mag sie selbst vielleicht glauben. In Wahrheit aber drängt sie die Kritik und die Auflehnung nur in unterirdische, unkontrollierbare Kanäle ab."**

Die Furcht vor den „unterirdischen, unkontrollierbaren Kanälen", das heißt vor den kommunistischen Betriebs- und Straßenzeitungen ist es also, die der bürgerlichen Presse Veranlassung gibt, die Regierung vor der Verbotspraxis zu warnen. Aber dabei muß diese Presse feststellen, daß die Verbote auf die kommunistischen Zeitungen herabhageln. Allen Arbeitern ist das ein Beweis für die Wichtigkeit ihrer Zeitung als tägliche Waffe im Klassenkampf, die scharf gehalten werden muß und durch intensivste Werbung in die Wohnung jedes Werktätigen, auf den Arbeitsplatz jedes Betriebsproleten vordringen muß.

## RGO-Zeitung verboten

Der Berliner Polizeipräsident Melcher hat das Reichsorgan der RGO, Industriegruppe Eisenbahn, den „Kollkampf", vom 23. September bis 27. November 1932 auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik und auf Grund der Verordnungen Hindenburgs verboten. Die Begründung des Verbots darf nicht veröffentlicht werden.

Dieses Verbot ist der erste Schlag gegen die revolutionäre Gewerkschaftspresse. Nicht nur von den Eisenbahnern, sondern in allen Betrieben und Stempelstellen muß das Verbot mit schärfstem Protest beantwortet werden.

Der vom Landtag abgesetzte Berliner Polizeipräsident Melcher hat das Organ des Reichsbauernbundes, die „Neue Deutsche Bauernzeitung", auf 3 Monate, bis zum 16. Dezember, verboten. Auch bei diesem Verbot dürfen die Gründe nicht bekanntgegeben werden.

**Arbeiter, Werktätige! Protestiert überall gegen diese Verbote kommunistischer Zeitungen! Fordert in Betrieb und Stempelstelle die sofortige Aufhebung aller Presseverbote!**

## „Reichsbanner" auf 4 Wochen verboten

### trotz aller Salutübungen Hitlermanns

Die Wochenzeitschrift der „Eisernen Front", das „Reichsbanner", ist wegen eines Artikels „Die Schuld von Oblau", der als offener Brief an Bracht abgefaßt war, für vier Wochen verboten worden.

Das Verbot ist erfolgt, trotzdem sich die Reichsbannerzeitschrift eifrig bemüht hat, der Papenregierung gute Dienste zu leisten und besonders die Verfolgungsaktion Papens gegen die KPD durch eine antibolschewistische Hetze unterstützt hat.